

Mit Stimmen zu den Ermittlungen über die rechtsextremistische Terrorgruppe aus Zwickau und zu den Unruhen in Ägypten. Zunächst aber zum Wahlsieg der Konservativen in Spanien, den einige Zeitungen bereits kommentieren.

So stellt die [NEUE WESTFÄLISCHE](#) aus Bielefeld fest:

"Die Wahl schien schon lange vor der Abstimmung entschieden: In der schlimmen Wirtschaftskrise, die immer mehr Spanier ohne Arbeit und Einkünfte lässt, trauen die Wähler dem Konservativen Mariano Rajoy eher zu, den schweren Karren aus dem tiefen Dreck zu ziehen. Der Sozialist Zapatero bekam derweil die Quittung für sein katastrophales Krisenmanagement. Viel zu spät hatte er begonnen, die Notbremse zu ziehen, zögerliche Reformen einzuleiten. Da war bereits nichts mehr zu retten und Spanien schon auf der Liste der europäischen Krisenländer und Euro-Wackelkandidaten",

unterstreicht die [NEUE WESTFÄLISCHE](#).

"Ihren Sieg verdanken die Konservativen weniger der eigenen Stärke als der Schwäche der Sozialisten",

glaubt die [NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG](#).

"Die Regierungspartei bekam die zu erwartende Quittung für eine miserable Bilanz: Hohe private und staatliche Schulden, eine stagnierende Wirtschaft, eine desaströse Arbeitslosenquote von 21,5 Prozent und ein schwaches Krisenmanagement - in Spanien war die Zeit reif für einen Wechsel. Dass Mariano Rajoy es besser kann, ist freilich zunächst nur eine Hoffnung. Seine Aufgabe gleicht der Quadratur des Kreises. Denn einerseits muss er hart sparen, um EU-Vorgaben zu erfüllen. Andererseits benötigt die Wirtschaft dringend Wachstumsimpulse. Wie Rajoy beides miteinander verbinden will, ist bislang schleierhaft",

bemerkt die [NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG](#).

Die [RHEINISCHE POST](#) aus Düsseldorf konstatiert:

"Die Spanier haben eine neue Regierung gewählt, von der sie nur eines zu erwarten haben: Blut, Schweiß und Tränen. Das Land steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seiner jüngeren Geschichte, die Arbeitslosigkeit hat dramatische Ausmaße angenommen. Das massive Votum für die Konservativen des künftigen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy spiegelt daher keine politische Aufbruchstimmung, es ist schon eher ein Akt der Verzweiflung. Rajoy hat keinen Hehl daraus gemacht, dass er den Sparkurs noch verschärfen wird",

betont die [RHEINISCHE POST](#).

Die [FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG](#) beschäftigt sich mit den Ermittlungen gegen die rechtsextremistische Terrorgruppe von Zwickau:

"Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bis auf die Knochen blamiert worden ausgerechnet aus jener Richtung des Terrorismus, die zu bekämpfen seit der Gründung der Bundesrepublik ihr historischer Auftrag ist. Wären Polizei und Verfassungsschutz mit ihren Erkenntnissen dem Selbstmord der Täter nur um Stunden voraus gewesen, es hätte viel zur Ehrenrettung der Behörden beigetragen. Doch es geht auch um die Ehrenrettung der Politik. Öffentliche Erörterungen über die Gefahr rechter Verbrechen hätten nicht nur den Blick in die richtige Richtung gelenkt, sondern auch den Druck auf die Szene erhöht, hätten vielleicht die Nervosität hineingebracht, die neue Einblicke erlaubt. Der Stolz aber, in den Verfassungsschutzberichten signalisieren zu können, der Beobachtung entgegen nichts, war eitel",

urteilt die [F.A.Z.](#)

Die Zeitung [DIE WELT](#) wendet sich gegen die Kritik an Verfassungsschutz und Politik:

"Man sollte, aller Wut und Empörung über die bekannt gewordenen Mordtaten zum Trotz, den Realitätssinn nicht über Bord werfen. Jeder Neonazi ist einer zu viel, das ist wahr. Doch gibt es seit Jahrzehnten in allen Demokratien Europas einen nicht unerheblichen Prozentsatz an Menschen, die rechtsradikalem Gedankengut zuneigen. Die offene Gesellschaft hat viele Feinde. Manchmal sind sie hässlich aber harmlos, sie können aber auch gefährlich werden und Verbrechen begehen, die erschüttern. Und dafür sind Polizei und Sicherheitsdienste da. Eine Demokratie aber lebt auch von der Wehrhaftigkeit und vom Instinkt ihrer Bürger. Man kann sich nicht nur über das vermeintliche Staatsversagen mokieren, sondern muss selbst aktiv werden",

fordert [DIE WELT](#).

Die [MÄRKISCHE ALLGEMEINE](#) aus Potsdam findet:

"Eine zentrale Gedenkfeier für die Opfer der Neonazi-Mordserie, wie sie der Bundestagspräsident ins Spiel gebracht hat, erscheint angemessen. Ebenso angemessen ist es, nicht länger verharmlosend von 'Döner-Morden' zu sprechen, wenn es um rassistisch motivierte Verbrechen geht. Und es wird Zeit, dass die Regierung ihre Angaben über die Zahl der Opfer rechtsextremistischer Gewalt korrigiert. Oft sind entsprechende Zusammenhänge ignoriert worden. Aber es reicht nicht, nur die Statistiken zu ändern. Den besten Dienst erweist der Staat seinen Bürgern, indem er seinen Job gut macht",

hebt die [MÄRKISCHE ALLGEMEINE](#) hervor.

Der [TAGESSPIEGEL](#) aus Berlin erörtert ein mögliches Verbot der NPD:

"Die NPD kann verboten werden, wenn die Politik es nur will. Jeder Prozess ist ein Risiko. Bestünde Rechtssicherheit, gäbe es keine Richter. Öffentliche Zurückhaltung braucht man, etwas Mut und einen Plan B, falls der Versuch wieder scheitert. Dann geht's los",

erläutert der [TAGESSPIEGEL](#).

Die [HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG](#) denkt über mögliche Konsequenzen aus den Ermittlungsspannen nach:

"Vieles, was in der vergangenen Woche diskutiert wurde, führte nicht zum Kern des Problems. Eine Zentraldatei für den rechten Terror ist rechtsstaatlich höchst problematisch; die Trennung von Geheimdiensten und Politik ist ein Gebot, das auch eine Mordserie nicht außer Kraft setzen sollte. Das heiß diskutierte NPD-Verbotsverfahren ist allenfalls ein Projekt der fernen Zukunft. Viel wäre schon gewonnen, wenn man bei den Pannen der Geheimdienste ganz genau hinsehen würde: Wie etwa kann es sein, dass Niedersachsens Landesamt für Verfassungsschutz nicht auf die Terroranfrage eines anderen Amtes reagiert?",

will die [HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG](#) wissen.

Die Berliner [TAGESZEITUNG](#) geht auf die Gewalt gegen Demonstranten in Ägypten ein:

"Neun Tage vor Beginn der Parlamentswahlen in Ägypten spielen sich auf dem Tahrirplatz Szenen ab, die an den Januar dieses Jahres erinnern. Sicher ist, dass der neue Gewaltausbruch die Unsicherheit verstärkt, die in weiten Teilen der Bevölkerung bereits herrscht. Von der will die Armee profitieren: Indem die Demonstranten als die eigentlichen Unruhestifter dargestellt werden, kann sich das Militär als der Garant für Ruhe und Ordnung präsentieren. Und eröffnet sich die Option, die Wahlen wegen angeblich drohender Gewalt abzusagen. Das aber wäre ein Desaster für Ägypten - nicht nur für das internationale Ansehen des Landes, sondern vor allem innenpolitisch",

ist die [TAZ](#) überzeugt.

Die [MÄRKISCHE ODERZEITUNG](#) aus Frankfurt (Oder) analysiert:

"Die Eskalation wirft ein Schlaglicht auf die Unzufriedenheit, die Teile der Bevölkerung erfasst hat. Vor allem die junge, städtische Elite fühlt sich vom regierenden Militärat hinters Licht geführt. Dieser will der kommenden Übergangsregierung eine Verfassung diktieren, die seine eigene Macht auch darüber hinaus absichert. Das widerspricht vielem, wofür die Demonstranten Anfang des Jahres auf die Straße gegangen sind. Und die offensichtliche Nervosität des Militärs trägt nicht zu einer Beruhigung der Lage bei",

schreibt die [MÄRKISCHE ODERZEITUNG](#).

"Wird es nichts mit der Demokratie im Land am Nil?",

fragen die [STUTTGARTER NACHRICHTEN](#).

"Gewiss, der große Freudentaumel ist vorbei, aber die Wende rückwärts steht nicht bevor. Die Menschen sehnen die Wahlen mit großer Hoffnung herbei, und keine Macht im Land kann den Urnengang mehr verhindern, kann sich gegen den Freiheitswillen stellen. Die Demokratie wird für die Ägypter nicht auf die Schnelle zu haben sein, aber wer auch immer am Ende in der Regierungsverantwortung sein wird, muss sich mit einer selbstbewusster gewordenen Bevölkerung auseinandersetzen",

lautet die Einschätzung der [STUTTGARTER NACHRICHTEN](#).

"Die Revolution wiederholt sich",

titelt die [SÜDDEUTSCHE ZEITUNG](#) und führt aus:

"Die ägyptische Generalität hat sich historische Verdienste erworben, als sie im Frühjahr den weltfremden Mubarak aus dem Amt gejagt und eine Eskalation verhindert hatte. Aber sie hat Kredit verspielt, ob aus politischer Unfähigkeit, Gier oder Machtstreben ist gleichgültig. Sie hat Ägypten nicht befriedet. In der Schlacht um den Tahrir-Platz wiederholt sich die damals ausgebliebene Konfrontation zwischen Armee und Revolution. Nur ist der Einsatz eine Woche vor dem geplanten Wahlbeginn für ein neues Parlament schwindelerregend hoch, die Optionen für einen glücklichen Ausgang sind aber geschwunden. Es geht um die Zukunft Ägyptens. Sie ist in diesen Tagen, bestenfalls, ungewiss",

heißt es in der [SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG](#)